



Einführung und Impulse zum öffentlichen Symposium des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung am 20. Mai 2015 zum Thema „Nachhaltige Entwicklung stärken!“

Vorsitzender Andreas Jung, MdB (CDU/CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste. Ich darf Sie alle sehr herzlich zu dem öffentlichen Symposium „Nachhaltige Entwicklung stärken!“ begrüßen, zu dem wir als Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung eingeladen haben. Wir freuen uns, dass die Veranstaltung eine so große Resonanz findet. Wir wissen, dass einige, die gern gekommen wären, durch den Bahnstreik daran gehindert wurden. Wir freuen uns umso mehr, dass Sie alle den Weg hierher gefunden haben. Ich darf sehr herzlich zu meiner Rechten bei uns die drei Professoren, die nachher alle jeweils mit einem Impuls die Veranstaltung beginnen werden, begrüßen. Das sind Herr Professor Doktor Ernst Ulrich von Weizsäcker, Herr Professor Doktor Klaus Töpfer und Professor Doktor Günther Bachmann. Ich heiße Sie allesamt herzlich willkommen. Wir freuen uns sehr auf die Impulse.

Ich möchte vorneweg nur wenige Bemerkungen machen. Warum laden wir als Nachhaltigkeitsbeirat heute zu dieser Veranstaltung ein? Wir verstehen uns als diejenigen, die die Fürsprecher der Nachhaltigkeit im Parlament sind, der „Wachhund für Nachhaltigkeit im Parlament“, wie wir uns manchmal nennen. Wir glauben, dass dieses Jahr ein Jahr mit einer besonderen Bedeutung ist, in dem besonders wichtige Weichen zu stellen sind und gestellt werden müssen. Und dabei blicken wir auch, aber nicht nur, auf die Nachhaltigkeitskonferenz in New York im September. Wir blicken auf die Klimakonferenz Ende des Jahres in Paris, die ja gerade dieser Tage mit dem Petersberger Klimadialog in Berlin vorbereitete wurde. Wir wissen, dass es entscheidende Wegmarken sind, weil wir auch wissen, dass die Diskussion schon über viele Jahre, ja mittlerweile Jahrzehnte, geht, dass wir aber den Durchbruch zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung, den wir uns alle erhoffen und den wir brauchen, noch nicht erreicht haben.

Wir blicken dieser Tage wieder auf das Jahr 1992 zurück. Damals war die Konferenz in Rio, Klaus Töpfer war damals Leiter der deutschen Delegation, und die damalige Zeit war geprägt von dem, was man „den Geist von Rio“ genannt hat, nämlich von der Hoffnung, nachdem der eiserne Vorhang gefallen war, nachdem die Konfrontation zwischen Ost und West überwunden war, dass man jetzt auch die Gegensätze zwischen Nord und Süd überwinden könnte und dass man gemeinsam zu einer nachhaltigen, ökologischen und sozialen Entwicklung kommt. Seitdem ist viel passiert, aber der Durchbruch ist noch nicht erreicht. Und deshalb wird es so wichtig sein, dass wir in diesem Jahr entscheidende Fortschritte mit der globalen Nachhaltigkeitsagenda, mit der Vereinbarung von SDGs, also mit der Vereinbarung von Zielen, - die übersetzt heißen, wir müssen allen Menschen auf der Welt ein Leben in Würde, im Einklang mit der Natur ermöglichen - machen. Nicht zuletzt die Flüchtlinge auf dem Mittelmeer sind ganz aktuelle und ständige Mahnungen, dass wir von diesen Zielen noch entfernt sind.

Wir müssen dafür auch in der Europäischen Union noch stärker werden. Wir müssen noch besser werden. Wir als Nachhaltigkeitsbeirat wollen uns nicht damit zufrieden geben, dass die Europäische Union nicht beabsichtigt, die Nachhaltigkeitsstrategie fortzuführen.



Wie wollen wir denn in New York und anderswo andere davon überzeugen, dass sie bei Nachhaltigkeit vorangehen sollen, wenn wir als Europäer selber unsere eigene Nachhaltigkeitsstrategie einrollen? Das ist ein schwaches Signal und eines, das in die falsche Richtung geht. Da muss Europa ganz klar Farbe bekennen.

Und wir in Deutschland müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Wir müssen unsere Vorreiterrolle unterstreichen. Das gilt im Klimaschutz, wo wir in diesen Tagen, Wochen und in den nächsten Monaten ganz klar die Weichen dafür stellen müssen, dass unser Klimaziel „40 Prozent bis 2020“ mit allen Sektoren, auch der Kohle und einem Beitrag der Braunkohle, tatsächlich erreicht wird. Wir müssen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auch die Weichen dafür stellen, dass die Finanzierungszusagen, die wir mittlerweile auch nun fast seit Jahrzehnten vor uns herschieben, tatsächlich in Stufen umgesetzt und erreicht werden und dass dadurch Glaubwürdigkeit nicht verloren geht. Und wir müssen überhaupt unsere Nachhaltigkeitsstrategie auch im Lichte dessen ambitioniert weiterentwickeln, was bei der Diskussion um die SDGs jetzt erreicht werden kann.

Wir haben also viele Aufgaben vor uns. Uns geht es darum, dass wir die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte, der Tätigkeit in Regierung und Parlament, rücken und dass wir die Institutionen stärken, und diese Frage wollen wir heute stellen. Wir alle sind heute sicherlich zusammengekommen, um einen Beitrag dazu zu leisten, nachhaltige Entwicklung zu stärken, so der Titel dieser Veranstaltung. Unsere Frage an die Impulsgeber und nachher an Sie alle ist: Was müssen wir konkret dafür tun? Auf diese Diskussion, auf diese Debatte freuen wir uns.

Wir kommen damit zu den drei Impulsen, für die wir jeweils 15 Minuten vorgesehen haben. Wir werden ein bisschen einen Blick darauf haben, dass wir diese Zeit auch einhalten, um nachher der Diskussion genügend Raum zu geben. Ich darf als erstes das Wort Herrn Professor Doktor Ernst Ulrich Freiherr von Weizsäcker geben. Er ist, wie Sie alle wissen, der Gründungspräsident und langjähriger Geschäftsführer des Wuppertal Instituts gewesen. Er hat viele Jahre dem Deutschen Bundestag angehört und hier insbesondere als Vorsitzender der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ und als Vorsitzender des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages Spuren hinterlassen und Anstöße gegeben. Heute ist er Ko-Präsident des Club of Rome. Wir freuen uns auf Ihren Impuls.

Prof. Dr. Ernst Ulrich Freiherr von Weizsäcker (Ko-Präsident des Club of Rome): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und Gäste, ich habe fünf Thesen formuliert, die meines Wissens auch verteilt worden sind.

Die erste sagt: „Die Weltentwicklung ist alles andere als nachhaltig“. Der Club of Rome hat 1972 mit dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ für Furore gesorgt. Seither sind die Grenzen eigentlich viel sichtbarer geworden und die Abhilfemaßnahmen schlechter. Wir sehen, dass die Zahl der Menschen auf der Erde um weitere drei Milliarden zugenommen hat. Wir sehen, dass die Ressourcenausbeutung in einem rasenden Tempo vorangeht. Das Thema „Klima“ war 1972 noch gar nicht auf der Tagesordnung, ist aber äußerst ernst. Das heißt also, dass von einer nachhaltigen Entwicklung empirisch überhaupt nicht die Rede sein kann. Als Forderung ist sie umso wichtiger. Ich bin sehr froh darüber, dass gegenüber den Jahrtausend-Entwicklungszielen „Millennium Development Goals“ jetzt die „Sustainable Development Goals“ formuliert werden sollen. Sie sind im Wesentlichen ausformuliert. 17 Stück mit dem Zusatz ökologischer Ziele, die bei den „Millennium Development Goals“ nur in versteckter Form enthalten waren. So sehr man die einzelnen Ziele wegen schwerer Messbarkeit, wegen politischer



Unrealisierbarkeit oder wegen Widersprüchlichkeit kritisieren kann, so sehr muss man dringend dafür sorgen, dass sie bis auf die Linie der Europäischen Union im September verabschiedet werden. Und es gibt ganz viele Heckenschützen, die versuchen, genau das zu torpedieren.

Wo sind nun die Schwierigkeiten, zu denen man sich gegebenenfalls äußern kann, dass das Ganze gar nicht stattfinden könne? Das International Resource Panel der Vereinten Nationen, das ich lange Zeit geleitet habe, hat für die SDG-Debatte eine Studie unter Federführung von Dr. Michael Obersteiner aus Österreich gemacht, die im Wesentlichen sagt, dass, wenn alle sozialen und ökonomischen Entwicklungsziele erreicht würden, die Umwelt kaputt wäre. Das heißt also, dass die viel beschworenen gegenseitigen Synergien eigentlich kaum vorhanden sind. Das wirft auch ein gewisses Licht auf das Nachhaltigkeitsdreieck, das immer so tut, als bestünde automatisch eine Art von Harmonie zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Tendenziell gibt es einen scharfen Konflikt zwischen den sozialen und ökonomischen auf der einen und den ökologischen Zielen auf der anderen Seite. Trotzdem wiederhole ich: Die SDGs deswegen abzulehnen, ist vollkommen kontraproduktiv. Das ist immer noch das Beste, was wir im Moment bekommen können.

Die Entwicklungsländer, die Gruppe der 77 plus China, haben im Rahmen der Vereinten Nationen bei der Vorbereitung für die Vollversammlung im September klar gemacht: Sie wollen keinerlei Erwähnung der sogenannten „Planetary Boundaries“ - das ist das neue Wort für die Grenzen des Wachstums - im Text haben. Sie wollen Wachstum, Wachstum, Wachstum. Ich habe selber an den entsprechenden Open Working Groups der Vereinten Nationen teilgenommen und habe gehört, dass jede einzelne Stellungnahme der Entwicklungsländer „Wachstum, Wachstum, Wachstum“ war. And they call it sustainable. Sie wollen nachhaltiges Wachstum. Das heißt, dass es immer weitergeht. Wachstum! Das ist die Realität. Und der Hintergrund dafür ist natürlich die große Diskrepanz des Wohlstands zwischen Nord und Süd. Und sie sagen: „Solange Ihr im Norden die ökologischen Schäden, insbesondere die Klimaschäden, angerichtet habt, haben wir überhaupt keine Veranlassung, uns um etwas anderes als Wachstum zu kümmern, denn Ihr habt ja angefangen, euch um Umwelt zu kümmern, als ihr reich wart“.

Und dann wird immer Indira Gandhi zitiert: „Poverty is the biggest polluter“. Das klang sehr schön und war damals, als es im Wesentlichen um Schadstoffkontrolle ging, auch halbwegs richtig. Aber heute muss man sagen: „Prosperity is the biggest polluter“. Denn wir stellen fest - das haben wir auch in dem International Resource Panel angeschaut -, dass es eine stramme Korrelation zwischen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und CO₂-Ausstoß pro Kopf und eine stramme Korrelation zwischen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Ressourcenverbrauch gibt. Das heißt, im Moment haben wir noch gar kein Modell der Abkoppelung zwischen dem, was wir alle wollen, nämlich Wohlstand und Schonung des Klimas und der Ressourcen. Das muss erst entwickelt werden. Wir haben in diesem International Resource Panel wenigstens einen strategischen Bericht über Entkoppelung, also „Decoupling“. Da stehen dann aber Dinge drin, die für einen heutigen Parlamentarier schwer verdaulich sind.

Und dazu komme ich jetzt. Was kann man denn eigentlich machen? Wir müssen natürlich als Zielsetzung haben, dass das schöne Nachhaltigkeitsdreieck auf einen Punkt zusammenschrumpft, dass eo ipso die Verfolgung ökonomischer Interessen, sozialer Ausgeglichenheit und ökologischer Langfristziele miteinander zusammenfallen. Das heißt, jemand, der gut Geld verdienen will, würde demnach automatisch was Gutes für die Umwelt tun. Aber das ist eben heute nicht der Fall. Dazu muss der Rahmen korrigiert werden. Heute werden über 1 000 Milliarden Dollar jährlich in das Subventionieren des zusätzlichen Verbrauchs von fossilen Brennstoffen gesteckt. Das heißt, der Rahmen wird künstlich von der Politik so gesetzt, damit um



Gottes Willen keine Harmonie zwischen Ökonomie und Ökologie entsteht. Denn das Verbrennen fossiler Brennstoffe kann man ja nicht als ökologisch günstig ansehen, wird aber doch mit Steuergeldern subventioniert. Das muss endlich ein Ende haben. Und das ist noch nicht gut genug. Wir müssen tendenziell dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Sonst kriegen wir das nicht hin.

Nun gibt es seit 30 Jahren einen Gelehrtenstreit darüber, was denn genau die Externalitäten sind, aus denen man dann ableiten kann, was ökologisch wahre Preise sind. Darauf lasse ich mich gar nicht mehr ein, denn es gibt immer nur Gelehrtenstreit und nie politische Einigung. Verständlicherweise. Deswegen sage ich: Machen wir es lieber pragmatisch. Machen wir es so, dass eine Preisanhebung für Umweltverschmutzung in einem Format und einer Größenordnung entsteht, die sozial- und industriepolitisch gut verträglich ist.

Dies war auch meine Devise, als ich im sogenannten China Council - Klaus Töpfer weiß genau, wovon ich rede - eine Arbeitsgruppe über ökonomische Instrumente für Umweltschutz und Energieeffizienz geleitet habe. Da habe ich gesagt: Macht doch in China jedes Jahr die Energie, das Wasser und die Mineralien um so viel Prozent teurer, wie im abgelaufenen Jahr die durchschnittliche Effizienz zugenommen hat, sodass das, was man pro Monat für Energiedienstleistungen bezahlt, im Prinzip immer gleich bleiben muss. Und das Ganze ist volkswirtschaftlich ein Gewinnspiel, denn die betreffenden Länder müssen dann zum Beispiel - nehmen wir mal Deutschland - nicht so viel Öl aus Saudi Arabien und nicht so viel Gas aus Russland einführen, und das entsprechend eingesparte Geld geht dann in die Ingenieurtechniken, in den Maschinenbau bei der Autoindustrie usw. und in die entsprechenden Bildungseinrichtungen, die dazu gehören. Das heißt also, das Land wird reicher, indem es die Energie teurer macht. Das ist völlig kontraintuitiv für heutige Politiker, aber es ist wahr. Das kann man auch empirisch nachweisen. Und dann muss man dafür sorgen, dass das Ganze nicht zum Schaden der Ärmsten der Armen ist; also, in Deutschland würde man sagen, für „Hartz IV“-Empfänger muss dann ein Sozialtarif gemacht werden. Das geht ja auch.

Und zweitens muss man dafür sorgen, dass es nicht zu einer Industrieabwanderung führt. Denn das würde dem Klima und der Umwelt überhaupt nichts nutzen. Und dafür gibt es eine geniale Idee aus Schweden, die dort verwirklicht worden ist. Sie haben im Zusammenhang mit den Schadstoffen, die das Waldsterben verursachen, insbesondere für Stickoxide eine brutale Steuer erfunden. Als dann die Industrie „dann wandern wir aus“ gesagt hat, haben die Schweden „nein, nein, bleibt mal schön hier. Ihr kriegt das Geld zurück und zwar Netto“ geantwortet. Aber nicht pro Tonne Gift, sondern vom Mehrwert, den sie erwirtschaften. Das heißt also, keine Branche hat eine schwedische Krone verloren. Niemand ist ausgewandert, und innerhalb der Branchen gab es einen rasanten Wettbewerb darum, wer das Gift so schnell wie möglich loswird. Und nach zehn Jahren dieser ökologisch motivierten, aber wirtschaftlich vernünftig formulierten Modernisierungskur, war die schwedische Industrie, insbesondere die schadstoffintensive Industrie, wettbewerbsfähiger als vorher. Da muss man sich was einfallen lassen, damit es nicht zu einer Industrieabwanderung führt. Aber das kann man ja machen.

Ich habe in einem kleinen Vorgespräch gesagt, dass die jetzige Legislaturperiode des Bundestages sich mit einem so krassen Gedanken noch nicht so schnell anfreunden wird. Aber man kann es doch mal auf die Tagesordnung nehmen. Und vielleicht können Ihr Ausschuss oder Ihre Arbeitsgruppe dazu beitragen, dass das mal in die Fraktionen hineinkommt und dass man ernsthafte Studien darüber macht, wie man verhindert, dass es soziale oder industrielle Nachteile gibt und trotzdem das Ziel langfristiger Harmonie zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungszielen erreicht wird.



Vielen Dank.

Vorsitzender: Andreas Jung, MdB (CDU/CSU): Vielen Dank für den Impuls und auch für die Anregung. Wir haben gerade die Hälfte der Legislaturperiode hinter uns gebracht, die andere Hälfte liegt also noch vor uns. Es gibt daher noch viel Spielraum für unsere Vorschläge. Wir werden es gerne in die Arbeit des Beirates einfließen lassen und in unsere Diskussionen aufnehmen. Dann kommen wir zum zweiten Impuls von Professor Doktor Töpfer, der, wie Sie wissen, nicht nur Bundesumweltminister, sondern auch Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen war und, wie ich vorhin schon gesagt habe, der Delegationsleiter der deutschen Delegation bei der Konferenz von Rio gewesen und Gründungsdirektor des IASS Instituts in Potsdam ist. Das Wort hat Klaus Töpfer.

Prof. Dr. Klaus Töpfer (Exekutivdirektor des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)): Einen schönen guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, Mitglieder des Deutschen Bundestages, lieber Andreas Jung. Herzlichen Dank, dass Sie mich eingeladen haben. Lieber Andreas, Du hast natürlich hier drei eingeladen, die eigentlich dieselbe Melodie singen. Und wenn der Ernst Ulrich bei dem Hinweis auf China gesagt hat, der Klaus Töpfer weiß genau wovon er spricht, galt das nicht nur für diesen Hinweis. Ich habe gehofft, dass ich das andere auch schon übersehen konnte. Also da werden sich einige Dinge überschneiden, die ich noch mal unterstreichen möchte. Zum einen fange ich da an, wo der Vorsitzende auch angefangen hat.

Wir haben natürlich ein sehr entscheidendes Jahr. Es ist ein Jahr, das man eigentlich das „Jahr der Nachhaltigkeit“ nennen müsste. Das ist ein Jahr, in dem wir vier große Leuchtturmkonferenzen haben werden, die für den Erfolg der Nachhaltigkeit eine ganz große Rolle spielen. Wir haben noch am Ende dieses Monats die Konferenz der Initiative „Sustainable Energy for All until 2030“ von Ban Ki-moon in New York. Die spielt sicherlich für die Perspektive, die wir genannt haben, eine wichtige, eine entscheidende Rolle. Nebenbei ist es auch interessant zu sehen, wie sich die von den Vereinten Nationen direkt oder indirekt für diese Sache angesetzten Institutionen weiter entwickeln. Hätte mir jemand gesagt, dass sich die von Hermann Scheer noch in ganz besonderer Weise eingeforderte neue, weltweite Institution für Erneuerbare Energien so entwickelt wie IRENA - International Renewable Energy Agency -, sinnigerweise mit Sitz in Abu Dhabi, hätte ich gesagt: wahrscheinlich nicht. Aber es entwickelt sich genau so, nämlich über alle Maßen erfolgreich.

Dann haben wir als zweites die große Konferenz „Finance for Development“. Merke: Finance for development, nicht: Finance for *sustainable* development. Diese kleinen Unterscheidungen sollte man mitbetrachten.

Dann haben wir im September die Vollversammlung der Vereinten Nationen, auf der die von Ernst gerade angesprochenen SDGs eine ganz besondere Rolle spielen werden. Und dann haben wir im Dezember die COP 21. Es ist also wirklich ein Jahr der Nachhaltigkeit. Und das in einem Jahr, in einer Zeit, in dem die geopolitischen Rahmenbedingungen eigentlich schwieriger, als sie gegenwärtig sind, nicht sein könnten. Wir können uns die Entwicklung im Nahen Osten ansehen. Wir können uns ansehen, was an den europäischen Nähten passiert, wenn wir die Ukraine sehen. Wir können sehr schnell in diesem wunderbaren Gebäude über Wachstumsgrenzen sprechen. Ich rate allen, das gegenwärtig nicht in Athen und Madrid zu machen. Wir brauchen also gar nicht bis in die Entwicklungsländer hineinzugehen. Und wenn ich mir die Agenda ansehe, die sich der neue Ratspräsident der EU vorgenommen hat, dann findet



Nachhaltigkeit eher im nachgeordneten Bereich eine Beachtung, und die ökonomische Entwicklung steht ganz eindeutig im Mittelpunkt. Ich möchte dieses einmal als Rahmen gesagt haben.

Ich komme dann, genau wie Ernst Ulrich, zunächst auf die Frage der SDGs, dieser „Sustainable Development Goals“. Zwei Anmerkungen dazu ergänzend:

Erstens sind es Goals, bei denen im Gegensatz zu den MDGs, den „Millennium Development Goals“, das „Sustainable“ nicht mehr fehlt. Diese wurden im Jahr 2000 zum Anfang des Jahrtausends verabschiedet - ich muss mich für schuldig erklären, ich war damals selbst noch einer derer, die am Tisch saßen -, obwohl wir seit 1992 „Sustainable Development“ als Rahmen und Leitgröße kannten. Wir haben also im Jahre 2000 „Millennium Development Goals“ verabschiedet. Und dass diese jetzt verändert werden, kam nicht aus dem Norden, sondern es kam aus dem Süden. Das muss immer wieder unterstrichen werden. Das kam aus Kolumbien und weiteren Ländern Lateinamerikas. Und es ist ein sehr deutliches Signal gesetzt worden: Glaubt im Norden bloß nicht, dass das, was Ihr als Entwicklung habt, von vornherein nachhaltig sei. Es sind Ziele, die globale Gültigkeit beanspruchen. Und damit stellt sich für uns natürlich die zentrale Frage, wie wir sie umsetzen. Damit hat Deutschland zwei Aufgaben: Die SDGs in Deutschland umzusetzen und die SDGs aus Deutschland in ihrer globalen Umsetzung zu unterstützen. Das sind zwei wichtige Teilbereiche. Und wenn wir die nicht beachten, wird dann sicherlich das eintreten, was der Vorsitzende bereits gesagt hat: Wir werden Glaubwürdigkeitsverluste haben, die sehr schwer wieder aufzuarbeiten sind.

Deswegen komme ich, was Sie möglicherweise vor dem Hintergrund meines Lebenslaufs überraschen wird, zunächst nicht auf die globale, sondern ich komme in besonderer Weise auf die nationale Seite zu sprechen. Und wenn ich dies tue, dann kann man natürlich in vielen Teilbereichen daran arbeiten. Ich freue mich sehr, dass Herr Günther Bachmann im Rat für Nachhaltige Entwicklung dieses Jahr daran mitgearbeitet hat, dass wir in der Zwischenzeit in Deutschland ein „Sustainable Development Solutions Network“ haben, in dem viele andere mitwirken. Ich habe die Freude, dort zusammen mit Dirk Messner den Vorsitz zu bilden. Dort stellen wir uns genau diese Fragen: Wie bekommen wir das hin? Und wenn ich hier im Parlament bin, ist die Frage, die ich in besonderer Weise stellen muss: Stimmt unsere Governance noch? Stimmt die Governance, die für Nachhaltigkeit in Deutschland entwickelt worden ist, wenn wir die SDGs, also die „Sustainable Development Goals“, umsetzen wollen?

Dazu eine erste Vorbemerkung: Ganz ohne jeden Zweifel besteht die Governance, die wir haben, für mich aus drei Säulen. Das ist die parlamentarische Säule, das sind Sie. Das ist die Regierungssäule, das ist der Staatssekretärsausschuss. Und das ist die gesellschaftliche Säule, das ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung. Dies ist ohne jeden Zweifel ein weltweit sehr beachtetes Verfahren und ist von vielen umgesetzt worden. Fußnote dazu: Es wäre hervorragend, wenn die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein vergleichbares System hätten. Es wäre eine große Aufgabe, die wir noch haben können.

Wenn ich das nun anspreche, sage ich nicht, dass wir von einem schlechten Ausgangspunkt starten, sondern ich frage: Können wir auch auf Dauer diese mit Deutschland verbundene Signalgebung der Governance aufrechterhalten?

Ich habe, als ich noch bei der Bundeswehr zu dienen hatte, den Satz gehört, dass der Mut des Unteroffiziers die Unkenntnis der Gefahr ist. Also bin ich jetzt mal Unteroffizier und bin mutig. Sie können dann immer „Naja, der braucht es ja hinterher nicht umzusetzen“ sagen. und es ist auch ein geflügeltes Wort in Deutschland, dass die besten Minister immer die ehemaligen Minister sind. Auch dieses Risiko gehe ich bewusst ein.



Dann komme ich zu der einen Seite. Wie sieht es denn in der Kennzeichnung aus, dass Nachhaltigkeit bei uns so etwas wie ein leitendes Prinzip unserer gesellschaftlichen Staatsordnung ist? Und ich glaube, das muss es sein. Es muss nicht eine Verfügungsmasse sein. Es ist etwas, was in die Frage der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit für heute und für die Zukunft, hineingeht. Es ist etwas, das auch die Gerechtigkeit in der Breite von Schöpfung mit aufnimmt. Und ich würde Ihnen wirklich intensiv zu bedenken geben, inwieweit es nicht Zeit wird, gerade in der jetzigen, neuen Perspektive, in der wir oft von anderen erwarten, dass sie Nachhaltigkeit durchsetzen, Nachhaltigkeit ins Grundgesetz aufnehmen. Ich halte es jedenfalls für eine dringende zu führende Diskussion. Wenn man im vorausweisenden Gehorsam sagt, dass wir an das Grundgesetz nicht heran gehen und das daher nicht diskutiert, finde ich das nicht hilfreich. Also wie gesagt: Mut des Unteroffiziers.

Die Frage können Sie dann weiter durchgehen. Ich habe das bezüglich der wirtschaftlichen Dynamik aufgegriffen. Ganz selbstverständlich haben wir seit vielen Jahren einen Rat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation, die sogenannten fünf Weisen. Die Sache mit den Weisen ändert sich auch in den Jahrzehnten. Es gibt also fast so etwas wie eine klassisch in die gesamte deutsche Politik-Landschaft hineingesetzte Berichterstattung bezüglich des Stands der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Warum denken wir nicht darüber nach, dass wir den Rat für Nachhaltige Entwicklung weiter ergänzen? Der Rat ist, eben kein wissenschaftliches Organ, sondern ein gesamtgesellschaftliches Organ und er muss es auch bleiben – ich kann das wirklich bestätigen, weil ich am Anfang stellvertretender Vorsitzender war mit Volker Hauff zusammen. Er war natürlich nicht Stellvertreter, er war Vorsitzender und wir haben dort die gesellschaftlichen Gruppen dabei. Da sitzt die Kirche genauso drin wie die Nichtregierungsorganisation. Da sitzt die Wirtschaft. Es ist ein gesellschaftliches Gremium. Und um den gegenwärtig so heiß umkämpften Begriff der Transdisziplinarität aufzugreifen: das ist transdisziplinär. Können wir diesen Rat also nicht weiter ergänzen? Können wir das nicht weiter ausbauen, indem wir darüber nachdenken, ob es nicht hilfreich wäre, jährlich einmal eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber zu führen, wie der Stand der Nachhaltigkeit in diesem Land und aus dem Land heraus ist?

Das ist ganz sicherlich, meine Damen und Herren, eine Frage, die wir ohne ganz große Ressourcenansprüche weiterführen könnten. Ein Rat zur Begutachtung der gesamtnachhaltigen Entwicklung wäre daher nicht ganz verkehrt und hätte sicherlich sehr viele zusätzliche Bereiche. Dieser müsste sich in das einfügen, was jetzt der Sachverständigenrat für Umwelt macht, dem ich ganz am Anfang zu meiner Freude auch einmal angehörte. Wir machen immer den Fehler, dass wir etwas „add on“ wollen, dass wir etwas Zusätzliches wollen und nicht überlegen, wie man etwas vernünftig in vorhandene Strukturen einbinden kann.

Lassen Sie mich das im Zusammenhang mit der Governance-Frage angesprochen haben. Das könnte man sogar - ich gucke jetzt nicht zum Kanzleramt rüber - so weit treiben, dass man sagt: Es gab vor langer Zeit so etwas wie einen Kabinettsausschuss für Wirtschaft. Und könnte man nicht das Staatssekretärs-gremium noch ein Stückchen nach oben zu einem Kabinettsausschuss für Nachhaltigkeit ziehen, der natürlich auf einem Staatssekretärsausschuss aufbauen würde? Ist so etwas überhaupt denkbar? Wie gesagt, man kann es vertragen, wenn man morgen nachlesen darf, dass das alles dumme Gedanken sind. Aber der Dichter unserer Nationalhymne, Hoffmann von Fallersleben, ist einmal aus der Universität in Breslau entlassen worden, weil er unpolitische Lieder geschrieben und veröffentlicht hat. Ich will mich nicht so einsetzen, nicht, dass Sie das jetzt falsch verstehen.

Lassen Sie mich wenige Sätze zur Technologie, gerade auch mit Blick auf das, was wir Initiative „Sustainable Energy for All“ nennen und das, was ich kurz angesprochen habe und was



uns natürlich nach Paris führt, sagen. Meine Damen und Herren, das, was wir als Nachhaltigkeit aus Deutschland für die Welt machen können, ist zentral damit verbunden, ob wir bei uns belegen können, dass eine wirtschaftlich erfolgreiche, exportorientierte Volkswirtschaft auch ohne Kernenergie und mit einem ständig abnehmenden CO₂-Ausstoß möglich ist. Diesen Beweis müssen wir erbringen. Und wir können es belegen, dass wir durch die Einsätze, durch die Investitionen, die unsere Stromverbraucher in Deutschland geleistet haben, eine Technologie, die Technologie erneuerbarer Energien, wirklich weltweit wettbewerbsfähig gemacht haben. Kein Wunder, wenn wir unter zehn Eurocent pro Kilowattstunde Photovoltaik liegen. Bei 900 Sonnenstunden im Jahr ist es nicht ganz überraschend, dass man dort, wo man über 3.000 Sonnenstunden im Jahr hat, eine ganz andere Bilanz haben kann, gerade wenn man gleichzeitig die unterschiedlichen Anforderungen an Infrastrukturen kennt. Blicken Sie heute mal auf die Investition in erneuerbare Energien und fossile Energien in China. Da werden Sie sehen, wie das umkippt. Wir haben zum ersten Mal eine Situation in China, in der nicht mehr Kohle verbrannt wird, sondern der Verbrauch stagniert oder leicht rückläufig ist. Wenn also angekündigt wird, sie werden bis 2030 den Kipp-Punkt erreicht haben, dann gehen andere davon aus, dass das eine Aussage war, die mit Sicherheit auf der richtigen Seite sein wollte.

Ich stimme auch der Aussage unseres Senior Fellows vom Institut das ich in Potsdam leite zu, das heißt den wirksamen und sehr hilfreichen Kollegen Jänicke, die besagt, dass die erneuerbaren Energien nicht mehr rückholbare Transformation sind. Gehen Sie bitte davon aus, dass die Kostenentwicklung sich aus dem eigenen Interesse der Menschen heraus so darstellen wird. Ich sage es mal ganz schlicht und einfach, man sieht es an anderen Stellen auch.

Ich möchte abschließend sagen, dass wir nicht den Fehler machen sollten, dass wir das wieder isoliert sehen. Ich will mal einen ganz breiten Bogen dazu spannen: Wie wir wissen, haben wir in der Tatsache, dass wir Bilder von dramatischen und unmenschlichen Szenen im Mittelmeer über das Fernsehen immer wieder ins Haus geliefert bekommen, ein ganz großes innenpolitisches Thema.

Meine Damen und Herren, Flucht ist immer ein Indikator für Unfreiheit. Und dann muss man sich fragen, woher das kommt. Für Flucht gibt es immer „Pushfaktoren“ und es gibt „Pullfaktoren“. Natürlich ist die Art und Weise, wie wir unseren Lebensstandard zelebrieren, für viele ein Pullfaktor. Bleiben Sie mal acht Jahre lang in Kenia und sehen Sie sich dort auf den öffentlichen Plätzen mit dem Fernsehgerät, das dort steht, die Stories aus den USA von vor 25 Jahren an. Dann werden Sie sehen, dass eine ganz andere Botschaft vertreten wird. Es sind Pullfaktoren, ganz ohne jeden Zweifel. Aber wir bekommen natürlich auch unheimlich viele Pushfaktoren. Wir bekommen eben keine industrielle und wirtschaftliche Entwicklung zustande, ohne dass Energie verfügbar gemacht wird. Wenn wir es erreichen, dass die erneuerbaren Energien in diesen Ländern wirklich wettbewerbsfähig gemacht werden können, dann ist das eine Friedensinvestition. Es ist weit über den Klimabereich hinaus bedeutsam. Es ist bedeutsam für eine soziale Stabilität einer Welt, die auf 9 Milliarden Menschen zugeht. Deswegen bin ich so nachdrücklich der Überzeugung, dass wir dies alles in Deutschland diskutieren müssen, aber weit darüber hinaus die anderen Fragen, wo die noch rückholbaren Transformationen sind, nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Wie sieht es mit der Entwicklung der Ozeane aus? Was tun wir dort? Wie sieht es mit der Entwicklung von Böden oder mit der Frage der weiterhin im Mittelpunkt stehenden Biodiversität aus? Was tun wir, auch aus eigenem ökonomischem Interesse, bei der Entwicklung von Städten? Denn wir wissen, dass wir in ein „Urban Millennium“ hineingegangen sind und das erreichen müssen. Und wie tun wir das? Wie kann das in einer Weise geschehen, dass wir Men-



schen mitnehmen? Wir dürfen nicht für Menschen entscheiden, sondern müssen mit Menschen entscheiden nicht Akzeptanz suchen, sondern Mitentwicklung ermöglichen. Das ist kein semantischer Hochseilakt, sondern das ist, nach meiner festen Überzeugung, die Grundlage dafür, dass wir weiter Stabilität in unserer Gesellschaft haben können.

Dies war eine kleine Einführung. 15 Minuten hatte ich, 14 habe ich geredet, was für mich ein Rekord ist. Das muss ich Ihnen sagen. Das habe ich noch nie geschafft. Denn - das sage ich den aktiven Mitgliedern des Deutschen Bundestages - gehen Sie mal davon aus, wenn Sie es hinterher nicht mehr sind, und Sie sehen ein Mikrofon, dann kribbelt es immer wieder, und man gibt es ungern her. Recht herzlichen Dank.

Vorsitzender Andreas Jung, MdB (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, auch den beiden bisherigen Rednern für die Einhaltung der Redezeit. Ich habe hier übrigens einen roten Knopf, mit dem kann ich alle Mikros bei Bedarf abstellen. Ich bin aber dankbar, dass es nicht auf die Probe gestellt wurde. Danke für die Impulse. Auch die legen schon die Grundlage für die nachfolgende Diskussion und sind Dinge, die wir weiter verfolgen werden, weil wir uns als Nachhaltigkeitsbeirat eben auch auf die Fahne geschrieben haben, die Diskussion um die institutionelle und die strukturelle Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in unserem Gefüge in Deutschland zu führen. Ich darf jetzt den dritten Impuls aufrufen. Das ist Professor Doktor Bachmann. Er ist seit 2007 der Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Er hat dort zuvor die Geschäftsstelle geleitet und koordiniert damit das, was gerade als die gesellschaftliche Seite der Nachhaltigkeit beschrieben wurde.

Prof. Dr. Günther Bachmann (Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Jung, vielen Dank für die Einladung, hier zu sprechen, obwohl Sie mir es schwer machen, denn nach den beiden Herren zu sprechen, ist nicht ganz einfach. Da gibt es vieles zu unterstreichen und zu bestärken. Aber ich habe mich bemüht, einmal aus einer anderen Blickrichtung zu kommen. Wenn Sie so wollen: Wenn das die Kommandobrücke war, dann kommt jetzt der Maschinenraum. Der Maschinenraum von einer ganzen Reihe von Jahren, in denen ich versucht habe, Nachhaltigkeit zu stärken. Das ist Thema unserer Veranstaltung. Und bei dem es trotzdem richtig ist, dieses Thema heute mit dieser Globalität anzusprechen, weil ich glaube, dass uns über die normalen Routinen hinaus etwas einfallen muss, das wir generell als politische Innovation ansehen und zwar in drei Bereichen. Dazu habe ich drei Thesen.

„Nachhaltigkeit muss aufgewertet werden. Die Politik zur Nachhaltigkeit muss aufgewertet werden“. Da sehe ich wie Klaus Töpfer eine Verankerung im Grundgesetz als dringend erforderlich an. Daraus werden dann auch Konsequenzen für die Institutionen entstehen.

Der zweite Punkt, den ich näher ausführe, ist unsere „globale Verantwortung in Deutschland“, welche wir neu ausrichten müssen.

Und der Dritte ist ein großgeschriebenes „Wir“. Damit meine ich, ohne unbescheiden sein zu wollen, uns alle. Wer glaubt, wir müssen an unserem Verständnis von Nachhaltigkeit arbeiten, muss genau hinschauen, was wir eigentlich meinen, wenn wir das Wort aussprechen.

Warum sage ich, dass politische Innovationen nötig sind? Ich glaube, wir sind, was die Nachhaltigkeitspolitik angeht, stark und schwach zugleich. Stark sind wir da, wo wir es geschafft haben, diesen Begriff in die Gesellschaft einzubringen. Der ist heute verankert.

Vor 15 Jahren, als wir angefangen haben, mit dem Begriff in Deutschland im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsstrategie zu arbeiten, da sagten mir sehr geschätzte Kollegen aus der Presse: Das



ist ein Wort wie Goldstaub. Nimm es nicht in den Mund, Du erstickst daran. Heute ist es anders. Die Zahl der Fachgruppen, Fachgemeinschaften, Fachverbände, die sich mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ substantiell in ihrem Fach beschäftigen, hat zugenommen. Die Praxiswirksamkeit, zum Beispiel durch den Nachhaltigkeitskodex, nimmt zu. Und wir haben viele weiche Elemente von Governance, die wir nicht vergessen dürfen. Die übersehen wir manchmal, wenn wir Governance nur als Institutionen sehen. Die weichen Elemente sind die, wie wir sie jetzt mit Aktionstagen für Nachhaltigkeit, mit Werkstattprojekten erleben. Wir schaffen es sogar, Menschen, Schulklassen, Kinder und Initiativen dazu zu bringen, mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ ihre Agenda fortzuschreiben. Das, was wir damals mit einer lokalen Agenda 21 auch in breiter Weise versucht haben und dann eingeschlafen ist, lebt heute in Projekten und Initiativen weiter. Aber die Schwäche ist, dass wir in großen Herausforderungen nicht vorankommen, wie es die beiden Vorredner beschrieben haben. Das ist ohne Zweifel so. Und wenn ich es so sagen darf, zu oft ist der Nachhaltigkeitsdiskurs ein Diskurs unter Vertrauten, Konvertierten, Gleichgesinnten und zu wenig einer, der nach draußen geht. Und oft ist er auch ein bisschen kurzatmig.

Die erste These ist: „Warum bezieht sich politische Innovation auf das Grundgesetz?“. Nachhaltigkeit ist dank der Nachhaltigkeitsstrategie als eine regulative Idee anerkannt, als politischer Grundwert nicht. Ein Grundwert würde sie, wenn es eine grundgesetzliche Anerkennung gäbe, und die halte ich nicht nur für nötig, sondern auch sinnvoll. Es gibt zwei Beispiele, warum dies nötig ist. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist ein wichtiges Element unserer Politik, aber sie ist kein Transformationswerk, jedenfalls noch nicht. Sie müsste eine gemeinsame Verantwortung zwischen Bund und Ländern, zwischen Bund und Kommunen und zwischen Staat und Wirtschaft konstruieren. Das kann sie aber so nicht. Das schaffen wir mit dem Status quo nicht, und deswegen brauchen wir eine Aufwertung.

Das andere Beispiel sind die globalen Nachhaltigkeitsziele, über die jetzt schon geredet worden ist. Auch hier müssen wir versuchen, mit der Nachhaltigkeitsstrategie eine deutsche Umsetzung mit klaren Beispielen globaler Art zu liefern. Aber mit den Einschränkungen im Status quo werden wir einen politischen Transformationsimpuls nicht hinbekommen. Hier brauchen wir die Aufwertung.

Dann haben Sie im Deutschen Bundestag vor fast zehn Jahren schon einmal einen Versuch gestartet, Nachhaltigkeit in das Grundgesetz zu schreiben, den jetzigen Artikel 20 a. Das ist damals gescheitert. Heute sehe ich die Voraussetzung als vielversprechender an, weil wir darlegen können, dass das Thema „Nachhaltigkeit“ in der Lebenswirklichkeit von Menschen relevant ist. Das ist nicht nur ein Seminarthema, sondern zählt auch draußen etwas. Unternehmenskulturen richten sich auf das Thema aus. Das ist also etwas, was mit persönlichen Wertpräferenzen zu tun hat und eine politische regulative Idee ist, die auch ihre Praxiswirksamkeit unter Beweis stellen kann. Trotzdem könnte man sagen, dass das doch alles prima sei, dann hätten wir das ja schon. Aber was uns fehlt, sind die Themen „Anerkennung ökologischer Belastungsgrenzen“, „Gerechtigkeit“ in dem Sinne, wie es Klaus Töpfer angesprochen hat, „Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit“ und auch die Vermittlung von Zielkonflikten und die dialogische Vermittlung von Zielkonflikten, unter denen wir alle leiden, weil sie Zielkonflikte mit legitimierte Interessen sind. Das sind nicht irgendwelche Zielkonflikte. Bei Nachhaltigkeit geht es darum, Konflikte zwischen Interessen, die alle legitimierte und legitime Grundlagen haben, zu lösen. All das halte ich daher für dringend nötig.

Zweitens: „Globale Verantwortung“. Ich bin mir nicht sicher, ob die Nachhaltigkeitsziele global ein Korrektiv gegen die Überschreitung der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen bilden. Aber ich bin mir sicher, wenn wir sie so interpretieren wollen, dann werden sie es auch sein.



Papier setzt sich nicht von selbst um. Daher müssen insofern im September unbedingt diese 17 Ziele und 170 Unterziele vereinbart werden, selbst wenn das ein Wust an Papier ist, selbst wenn das zu „Cherry Picking“ führt. Man sucht sich dann eben raus, was für das eigene Land passt. Aber es ist jedenfalls mehr als der Status quo. Und wir hätten dann die Chance, mit diesen Zielen zu zeigen, dass Nachhaltigkeit ohne Verzicht auf Wohlstand und Arbeitsplätze möglich ist. Die Voraussetzung ist, dass wir uns selber als Land in Entwicklung begreifen müssen.

Beim Thema „Ozeane“, beim Thema „Marine Littering“, beim Thema „Lebensmittelverschwendung“, beim Thema „Landverbrauch“, also bei allen Dingen, die dem ökologischen Fußabdruck negativ zur Last fallen, sind wir ein Land in Entwicklung. Und insofern bin ich ganz froh und stimme den Überlegungen zu, was das eigentlich für die Institutionen heißt. Natürlich müssen wir an den Institutionen weiterarbeiten. Ich bin auch der Meinung, dass das Selbstverständnis eines Rates für Nachhaltige Entwicklung gerade im Hinblick auf die internationale Dimension, auf die globale Verantwortung, die wir haben, weil ein moderner Staat Verantwortung über seine Grenzen hinaus hat, verändert und fortentwickelt gehört. Extraterritoriale Menschenrechtsverletzung muss der Staat nachgehen. Die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit enden nicht an der Staatsgrenze. Und so ist das auch bei den Unternehmen. Ich glaube auch, dass wir die Nachhaltigkeitspraxis in Deutschland nur weiterentwickeln, wenn wir Akteure in den Bundesländern, in den Kommunen und in den Fachgruppen, von denen es so viele gibt, besser vernetzen.

Was bedeutet das schließlich für unser Verständnis von Nachhaltigkeit? Oft wird uns zu Recht, manchmal aber auch zu Unrecht, vorgeworfen, wir erzeugten Beliebigkeit. Seien Sie sich darüber im Klaren: Die SDGs sind jedenfalls keine Reduktion von Beliebigkeit, im Gegenteil. Damit müssen wir uns auch auseinandersetzen.

Ich stimme der Kritik „Beliebigkeit“ nur bedingt zu. Natürlich ist das richtig, dass man sich über die Begrifflichkeit ärgert, wenn zum Beispiel gesagt wird, ein Fußballspiel wurde nachhaltig gewonnen. Aber so ganz leer und ausgequetscht wie eine Zitrone ist dieser Begriff eben nicht. Und wer nur die Begriffe kritisiert, der ist genauso beliebig, wie der Begriff, den er gerade kritisiert. Mir ist wichtig, dass wir bei unserem Verständnis von Nachhaltigkeit den Menschen einbeziehen. Das, finde ich, ist ein großes Manko in der von uns allen immer wieder zitierten Brundtland-Definition. Das Wort „Mensch“ finden Sie da nämlich nicht. Kann man so etwas wie eine „Nachhaltigkeitsvorstellung mit menschlichem Antlitz“ und nicht nur mit „Transformation“, „Bedürfnissen“, „Zukunft“, „Generation“ formulieren? Das wäre eine Aufgabe für uns. Aus meiner Sicht sind Menschen und Gesellschaften in der Tat lernfähig. Der Preis für die Lernfähigkeit ist die Angst. Wir haben uns nicht abgesprochen, aber an der Stelle hatte ich schon vermutet, dass ich auf das Zitat vom Unteroffizier zurückgreifen darf. Ich möchte es jetzt nicht wiederholen. Allzu oft machen wir in unseren eigenen Vorstellungen von Nachhaltigkeit von dem Angstbild „Bedrohungslagen, Untergang, Klimaschutz, Biodiversität“ Gebrauch. Das ist ja alles richtig. Aber wenn wir versuchen, nur über die Angst zu kommunizieren, machen wir einen Fehler. Angst ist ein wichtiger Ratgeber, aber eben ein schlechter Anführer. Man soll auf den Rat der Angst hören, aber man darf ihr nicht die Führung überlassen. Und was machen wir? Wir begegnen der Angst durch Aneignung von Wissen. Das macht jeder für sich im normalen Leben. Und noch nie war so viel Wissen verfügbar. Ich bin auch der Meinung, dass wir mehr in Wissen für nachhaltige Entwicklung, in Forschung, Entwicklung, Techniken und soziale kulturelle Techniken investieren sollten. Da haben wir noch lange nicht das Ende erreicht. Aber Masse ist nicht gleich Klasse. Und aus reiner Anhäufung von Wissen entsteht eben noch keine gesellschaftliche Gewissheit. Die müssen wir aber erzeugen. Die erzeugt man durch Dialog von Zielen, Indikatoren, von Leadership, und davon brauchen wir mehr.



Mein letztes Bild, mit dem ich Sie aus dem Maschinenraum entlasse, ist die folgende Frage, deren Antwort ich nicht habe und die insofern keine rhetorische Frage ist. Meine Frage ist: Wie viele Visitenkarten in Deutschland gibt es, auf denen bei der Berufsbezeichnung das Wort „Nachhaltigkeit“ auftaucht? Das kann Ihnen keiner beantworten. Es kann Ihnen auch keiner sagen, wie viele Menschen das Wort „Nachhaltigkeit“ nicht auf der Visitenkarte haben, obwohl sie sich in 70 Prozent ihrer Arbeitszeit mit nichts anderem beschäftigen. Das wissen wir auch nicht. Aber wir wären, was Institutionen, was Governance angeht, ein großes Stück weiter, wenn wir es wüssten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Ko-Präsident des Club of Rome
Mitglied des Internationalen Ressourcenpanels

Postfach 1547
79305 Emmendingen
ernst@weizsaecker.de

**Öffentliches Symposium
des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung
Berlin, 20. Mai 2015**

Thesen

(4.5.2015)

1. Die Weltentwicklung ist alles andere als nachhaltig

Als nachhaltig kann man nur eine Entwicklung ansehen, die jährlich maximal ungefähr soviele Ressourcen verbraucht wie ‚nachwachsen‘ oder wieder hergestellt werden und die die Biodiversität und das Klima einigermaßen stabil bleiben lassen. Von allen drei Kriterien ist die heutige Entwicklung ‚himmelweit‘ entfernt.

2. Die Entwicklungsländer zeigen offiziell kein Interesse an ökologischer Nachhaltigkeit

In den Verhandlungen über die Definition der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen haben die Länder der Gruppe der 77 jeden Versuch abgelehnt, den Begriff der „Planetary Boundaries“ in die Definition der nachhaltigen Entwicklungsziele einzubeziehen. Sie insistieren, dass die Wohlstandsangleichung zwischen „Nord“ und „Süd“ erste Priorität hat.

3. Weltgerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind dennoch möglich

Der Norden kann sich sehr wohl auf die Forderung des Südens einlassen. Dazu gehört insbesondere die Befolgung des Prinzips „Sustainable Consumption and Production“, (SCP) ein seit dem Weltgipfel von Johannesburg, 2002 geläufiger Begriff, der von uns naturschonende Produktion und bescheidenere Lebensweisen verlangt.

4. Im Kern der SCP steht für mich die strategische Erhöhung der Ressourcenproduktivität

Eine Verfünffachung der Ressourcenproduktivität weltweit würde es erlauben, den Wohlstand der Entwicklungsländer an den des Nordens anzugleichen und zugleich Klima, Ressourcen und Biodiversität wirksam zu schonen. Und eine solche Verfünffachung ist technisch ohne Zweifel machbar.

5. Eine sanfte Verteuerung des Naturverbrauchs muss sein.

Die rasche Erhöhung der Ressourcenproduktivität (Faktor Fünf in ca 40 Jahren) kommt nur in Gang, wenn diese von Jahr zu Jahr immer lukrativer wird. Das ist nur dann der Fall, wenn der Energie-, Wasser- und Mineralienverbrauch jährlich teurer wird. Dies kann auch in nationalen Alleingängen geschehen, wenn geeignete Abfederungsmaßnahmen für ärmere Schichten sowie für das produzierende Gewerbe ergriffen werden.